

Thema

Nachfolge von Bundesrat Didier Burkhalter

Die EU weiss nicht, woran sie ist

Sie wissen nicht, was sie wollen: In Brüssel klagt man über die Schweizer. Die bilateralen Beziehungen könnten weiter leiden.

Stephan Israel
Brüssel

In Brüssel würde man jetzt gerne wissen, wie es weitergeht mit der Suche nach einer neuen Grundlage für die bilateralen Beziehungen. Schiebt die Schweiz die Verhandlungen über den Rahmenvertrag auf die lange Bank? Oder heisst es gar zurück an den Start? Man werde sich hüten, sich einzumischen, hiess es aus der EU-Kommission vor der heutigen Europaklausur des Bundesrats. Gleichzeitig wird darauf gepocht, dass beide Seiten sich auf einen Zeitplan geeinigt hätten, nämlich bis Jahresende eine Einigung zum Rahmenabkommen zu erzielen. Bei entsprechenden Fortschritten sollte Kommissionschef Jean-Claude Juncker den bevorstehenden Durchbruch im Herbst mit einem Besuch in Bern markieren.

Dieser Fahrplan scheint nun zur Disposition zu stehen. Die Briten wüssten auch ein Jahr nach dem Votum für den Brexit immer noch nicht, wie sie den EU-Austritt nun umsetzen wollten, so eine Klage über die «Amateure» in London. Ähnlich klingt es, wenn von den Schweizern die Rede ist. Das Zeitfenster für einen Rahmenvertrag dürfte sich Ende Jahr schliessen, so EU-Kreise. Einerseits, weil die Flexibilität der Mitgliedsstaaten abnehmen werde, je weiter die Brexit-Verhandlungen fortschreiten würden. Zudem fehlten Energie und Kapazitäten. Aber auch, weil die EU gerade eine Konsolidierung durchläufe. Eine Lösung beim Rahmenvertrag, die der Schweiz entgegenkomme, werde unter den Vorzeichen einer stärker integrierten EU mit der Zeit schwieriger, nicht einfacher werden.

Ein grosses Problem ist die zunehmend unterschiedliche Wahrnehmung zwischen Brüssel und Bern. Am Anfang waren die Verhandlungsmandate vom dynamischen Nachvollzug des EU-Rechts bis hin zu den Richtern in Luxemburg als Schiedsinstanz noch parallel abgesegnet worden. Man habe sich zuletzt doch stark auf die Schweiz zu bewegt, heisst es in EU-Kreisen. So etwa mit dem Verzicht auf die Superguillotine, sollte die Schweiz einen Entscheid des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ignorieren. Stattdessen könnte ein Schiedsgericht prüfen, ob Gegenmassnahmen der EU verhältnismässig sind. Weshalb überhaupt weiterverhandeln, wenn man dann von den Schweizern auf offener Strecke alleingelassen werde?

Drei Jahre und 18 Treffen später

In Brüssel sieht man den Ball jetzt jedenfalls bei der Schweiz. Auf wenig Verständnis stossen die Schweizer Überlegungen, Streitigkeiten statt vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) vom Efta-Gerichtshof beurteilen zu lassen. Ganz am Anfang haben sich die Europäer noch gewundert, dass die Schweizer lieber bei einer EU-Institution wie dem EuGH andocken wollten als beim Efta-Gerichtshof, bei dem sie immerhin auch einen Richter stellen könnten. In Brüssel hätte man auch mit der Efta-Lösung leben können. Doch inzwischen sei während dreier Jahre und bei 18 Treffen verhandelt worden, so EU-Kreise.

Alles noch einmal von vorne anzufangen, würde auch heissen, dass die EU-Kommission sich ein anderes Mandat holen müsste. Auch das dürfte bei den Mitgliedsstaaten auf wenig Verständnis stossen. Niemand könne zudem garantieren, dass man in ein paar Jahren dann nicht am gleichen Punkt anlangen werde, heisst es. Die Erfahrung der letzten drei Jahre mache da nicht Mut. Der Spielraum für eine Lösung auf der Suche nach einer neuen Grundlage der bilateralen Beziehungen sei eng, und die Kernfragen blieben immer dieselben. Die bilateralen Beziehungen, heute schon durch blockierte Dossiers belastet, könnten ohne neue Grundlage rasch weiter erodieren.



Wer auch immer neu in der Landesregierung Einsitz nimmt - das Kräfteverhältnis wird sich verschieben. Die Magistraten auf der Bundesratsreise auf dem Lago Maggiore, 2015. Foto:

Wo die Fahrt nach rechts geht

Der nächste FDP-Bundesrat wird bürgerlicher politisieren als Didier Burkhalter. Auswirkungen der Ausländer- oder der Sozialpolitik zu erwarten - je nachdem, welches Departement der Neue

Fabian Renz

Theoretisch denkbar ist, dass die Schweiz am 1. November zwar einen neuen Bundesrat, aber sieben neue Minister erhält. Jeder Rücktritt nämlich eröffnet dem Gremium die Möglichkeit, die Zuständigkeiten intern neu zu verteilen. Somit steht heute noch keineswegs fest, dass der Nachfolger oder die Nachfolgerin von Didier Burkhalter (FDP) dessen Aussendepartement übernehmen wird. Einer der amtierenden Bundesräte könnte dorthin wechseln wollen - und dieser Wechsel wiederum weitere Rochaden nach sich ziehen.

Realistischerweise kommen aber nur zwei Magistraten für einen Umzug infrage: Innenminister Alain Berset und Justizministerin Simonetta Sommaruga (beide SP). Unwahrscheinlich ist ein Wechsel von Doris Leuthard (CVP), Ueli Maurer (SVP) und Johann Schneider-Ammann (FDP), die alle als Rücktrittskandidaten gelten. Und Guy Parmelin (SVP) hat im Verteidigungsdepartement eben erst angefangen. Berset und Sommaruga dagegen haben in ihren Departementen je anderthalb Legislaturen absolviert. Sommaruga könnte sich des leidigen Asylsossiers entledigen wollen. Und Berset wird im Herbst die Volksabstimmung über das wichtigste Geschäft seiner Amtszeit hinter sich haben. Führt er die Altersvorsorge 2020 zum Erfolg, könnte er seine Innenministerkarriere auf dem Höhepunkt beenden. Scheitert er, wird ihm wohl die Lust fehlen, mit der Reform nochmals ganz von vorne zu beginnen.

Indes ist von Berset auch bekannt, dass er bei den Gesamterneuerungswahlen 2015 auf das Finanzdepartement aspirierte - und dies womöglich immer noch tut. Auch Sommaruga sieht sich aufgrund ihrer parlamentarischen Vergangenheit wohl eher bei den Finanzen, im Wirtschafts- oder gar im Umweltsdepartement zu Hause. Somit kann es gut

sein, dass Burkhalters Nachfolger effektiv Aussenminister wird. Entsprechende Überlegungen sind derzeit, so kurz nach Burkhalters unerwartetem Zug, weder in den Departementen noch in den Parteien weit gediehen. Doch lassen sie bereits die Konturen einer künftigen, bürgerlicheren Politik erahnen. Denn wer immer Burkhalter beerben wird: Kandidaten, die vergleichbar weit links stehen, sind nicht in Sicht. Auch wenn letztlich die Regierung als Kollegium

entscheidet, so kann doch jedes Mitglied im eigenen Departement am meisten gestalten. Folgende Bereiche sind damit am ehesten von einer Neujustierung nach rechts betroffen:

● **Europapolitik:** Im Jahr 2013 definierte die FDP «rote Linien» für die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen. Zentral war insbesondere die Forderung, dass «fremde Richter», etwa vom Europäischen Gerichtshof, in Streitfragen nicht abschlies-

send entscheiden dürften: Das Schweizer Stimmvolk müsse bei der Übernahme von EU-Recht das letzte Wort haben. Didier Burkhalter hat sein Desinteresse an diesen parteipolitischen Leitplanken kaum je versteckt. Ein rechterer, linientreuerer FDP-Bundesrat wird ihnen mehr Beachtung schenken - und die Gespräche mit der EU darauf ausrichten. Das erschwerte eine Einigung mit der Union, erhöhte aber die innenpolitische Akzeptanz eines Rah-

Nachfolge

FDP-Frauen müssen auf Schneider-Ammann warten

Nach dem Rücktritt von Didier Burkhalter scheint der zweite FDP-Bundesrat erst recht bis zum Ende der Legislatur bleiben zu wollen.

Markus Brotschi

Hätte Nationalratspräsident Jürg Stahl am Mittwoch das Rücktrittsschreiben von Wirtschaftsminister Schneider-Ammann verlesen, wären die wenigsten im Saal überrascht gewesen. Der Berner FDP-Bundesrat wirkt seit langem abgekämpft und müde. Denkbar wäre deshalb sogar ein FDP-Doppelrücktritt gewesen. Solche Zweierkandidaten bieten dem Parlament und der betroffenen Partei mehr Möglichkeiten bei der Kandidatenauswahl als eine Einervakanze.

Da allerdings Burkhalter seinen Entschluss im Alleingang fällte und den Rücktritt offenbar nicht mit seinem Parteikollegen Schneider-Ammann diskutierte, konnte sich der Wirtschaftsminister keine entsprechenden Überlegungen machen - falls Schneider-Ammann über-

haupt einen vorzeitigen Rücktritt erwägt. Denn sein Departement bekräftigte gegenüber der Nachrichtenagentur SDA, der Wirtschaftsminister bleibe bis zum Ende der Legislatur, also bis Ende 2019, im Amt. Ein FDP-Parlamentarier, der sich seit einiger Zeit um den Zustand des Wirtschaftsministers sorgt, glaubt sogar, dass Burkhalters Abgang eine vorzeitige Demission von Schneider-Ammann verhindert. «Jetzt bleibt er erst recht, weil die Partei mit der Nachfolge Burkhalters beschäftigt ist. Und er selbst hat den festen Willen, bis Ende 2019 zu bleiben.»

Locker an Parteianlässen

Ob eine Doppelvakanze der FDP tatsächlich nützen würde, ist allerdings in der Partei umstritten. Der Zürcher Nationalrat Hans-Peter Portmann sähe die Gefahr, dass die Ersatzwahl bei zwei Vakanzen für die FDP schwer zu steuern wäre, zumal wenn für jeden Sitz zwei Kandidaten gefordert würden. «Zum Glück gibt es null Anzeichen für einen Rücktritt von Johann Schneider-Ammann», sagt FDP-Ständerat Andrea Caroni. Er sehe zwar die Anstrengung, die das Amt dem Wirtschaftsminister bereite. Aber dies sei der Eindruck bei öffentlichen Auftritten. An

Parteienlässen blühe er auf, zeige sich locker und schalkhaft.

Für die FDP-Frauen wäre ein Doppelrücktritt eine Chance gewesen. Denn bei der gegenwärtigen Konstellation steht in ein Mann für Burkhalters Nachfolge im Vordergrund: der Tessiner Ignazio Casis. Eine SP-Nationalrätin hätte sich deshalb gewünscht, «dass nicht nur Burkhalter, sondern auch gleich Schneider-Ammann geht». Doris Fiala, Präsidentin der FDP-Frauen, respektiert den Anspruch des Tessins, seit 18 Jahren wieder im Bundesrat vertreten zu sein. Beim Rücktritt von Schneider-Ammann seien dann aber die Frauen an der Reihe, stellt sie klar. Die FDP-Frauen hätten seit 1989, seit dem Rücktritt von Elisabeth Kopp, keine Vertreterin mehr gehabt. An Kandidatinnen fehle es nicht. Fiala nennt FDP-Präsidentin Petra Gössi, die St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter und die Zürcher Regierungsrätin Carmen Walker Späh. Für den Fall, dass die FDP-Fraktion zum Schluss kommt, dass Burkhalters Nachfolger aus der Romandie kommen muss, verfüge die Waadtländer FDP mit Nationalrätin Isabelle Moret und Staatsrätin Jacqueline de Quattro über zwei gute Kandidatinnen.